

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

Verantwortlicher: Amt Dresden Nr. 31307

Telegr.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altfeld und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißitz, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Pöhlitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Vogel & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 6.—, ausschließlich Bestellgeld;
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 6.—, monatlich 2.10;
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 5.40, monatlich 1.80

Blasewitz
Mittwoch, 21. Januar 1920.

Anzeigen-Preis: die 6spaltige Grundzeile oder deren Raum
70 Pf., im Textteile die Zeile 1.00 Mk., für An- und Verkäufe und
Berechnung 65 Pf., Tabellen- und schwieriger Satz 50% Zuschlag.
Anzeigen-Nachnahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Außenpolitische Rundschau.

Von Leg.-Rat a. D. Frhr. v. Heinebaben.

Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten und die Verwirklichung seiner Bestimmungen hat begonnen. Das Saargebiet, Memel, Danzig, Westpreußen, Polen gehören nicht mehr zum deutschen Reich; aus den Abtretungsgebieten werden sich schon in der nächsten Zeit die deutschen Soldaten und die deutschen Behörden zurückziehen; Entente-Kommissionen werden mit Hilfe allierter Militärs die Verwaltung jener Bezirke übernehmen. So hat der Tag des Friedensschlusses fast geographische Souveränitätsverluste des Reiches gebracht. Aber auch auf dem unbesetzten Reichsgebiete, hat der sechste Januar die Souveränität der deutschen Regierung entscheidend eingeschränkt. Schon bisher hatten wir in reichlicher Zahl und mannigfaltiger Zusammensetzung Entente-Kommissionen im Lande; sie überwachten die Ausführung des Waffenstillstandsabkommens und unterrichteten sich und ihre Auftraggeber über unsere inneren Verhältnisse. Unmittelbare Eingriffsbefugnisse in Regierungsfunktionen hatten diese Ausschüsse und Delegationen jedoch nicht. Die Kommission des Reparationskomitees, die in der nächsten Zeit zusammentritt, ihren Hauptsitz in Paris hat, sich in Deutschland aber einen riesigen Exekutiv-Apparat schaffen wird, ist trotz der Scheinbar bestehenden Beschränkungen in der Rolle der Entente auf unsere Gesamtverhältnisse zum Vortritt berechtigt. Von Versailles viel mehr als ein Informations- und Studienkommission; sie ist das Organ, durch das die Entente die Souveränität des Reiches ausüben wird, die sie sich in dem nunmehr in Kraft getretenen Friedensvertrage Deutschland gegenüber vorbehalten hat. Wenn die Kommission des Reparationskomitees auch nicht unmittelbar in das Getriebe der Verwaltung einzutreten vermag, so hat sie doch das Recht, sich und schärfsten Einblick in unsere gesamte Finanz- und Verwaltungsgeschichte zu verschaffen. Glaubt sie, daß irgend welche Einzelheiten dieser Geschäfte mit den Interessen der „Wiedergeretteten“, d. h. mit denen der Entente, nicht in Einklang zu bringen sind, so hat sie Bericht zu erstatten und den Ententemächten Empfehlungen vorzuschlagen, für deren Entschiedenheit und Härte keine Grenze besteht ist. Wehe uns also, wenn Maßnahmen unserer Wirtschaft- oder Finanzpolitik das Mißfallen der Kommission erregen. Es wird uns nichts nützen, wenn wir uns auf unsere Souveränität zu berufen versuchen; die Kommission wird sich an ihre Auftraggeber halten, und diese werden die Mittel zu finden wissen, den Widerstand gegen ihren Willen zu brechen.

Mit der Tatsache eines souveränen Ausschusses, der militärisch, kontrollierend über unsere Regierung und Verwaltung steht, werden wir uns also vorüberhand notgedrungen abfinden haben. Sie legt uns, wenn wir diesen traurigen und unwürdigen Zustand überwinden wollen, ganz besondere Verpflichtungen auf. Wir müssen uns darauf einrichten, über Dinge, die eigentlich nur uns allein betreffen sollten, unseren bisherigen Feinden Rechenschaft abzulegen, wobei die beste Taktik wohl unbestreitbar die der Offenheit sein wird. Verhandlungsvoller aber als jede andere wäre die Taktik der Klugheit, die Hoffnung, durch unterwürfige Nachgiebigkeit den Gegnern ihre Strenge ablassen zu können. Ehrlichkeit, zielklarer vernünftiger Wille, Entschlossenheit, für wirkliche Lebensnotwendigkeiten zäh und unerschütterbar einzustehen, unermüdlicher Hinweis darauf, daß bestimmte Teile des Friedensvertrages wirklich unerfüllbar sind und daß auch das geographische Interesse in der Richtung des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus Deutschlands liegt, — das werden die Eigenschaften und Argumente sein, mit denen wir der „Reparationskommission“, wie der ganzen Entente gegenüber die deutsche Sache am erfolgreichsten und würdevollsten führen werden. Nur so werden wir erreichen, was unbedingt erreicht werden muß, daß aus dem Souveränitätsverlust ein Vertrauenspartner wird, mit dem wir auf gleicher Stufe und mit gleichem Rechte verhandeln.

Auf das Inkrafttreten des Friedensvertrages folgt am 16. Januar der Zusammentritt des Völkerbundes und zwar ist die Macht, von der der Völkerbundsgedanke in die Friedensverhandlungen hineintrug wurde, wider am Abschluß des Friedens, noch an der Bildung der Liga der Nationen beteiligt und anstelle Wilsons der aus dem Hintergrunde und ohne selbst mitmachen zu können, angeblich die erste Sitzung des Völkerbundes anberaumt hat. Scheint nach den letzten vorliegenden Nachrichten Viscount Owen, Präsident des Völkerbundes werden zu sollen. Jedenfalls ist das formale Zusammenkommen des Völkerbundes zunächst gesichert und die im Völkerbundsstatut des Friedensvertrages vorgesehene Einladungen an die neutralen Staaten, sich der Liga anzuschließen, sind bereits abgegangen. Deutschland freilich soll außerhalb des Sieger-Völkerbundes bleiben und Objekt seiner Beschlüsse sein.

Ein Völkerbund ohne Deutschland (und später ohne Rußland) ist aber keine Organisation der Gemeinschaftsinteressen der Welt, sondern einfach eine Allianz einer bestimmten Mächtegruppe zur Niederhaltung anderer Mächte. Er schafft keine geträumte Basis der internationalen Beziehungen. Wir lehnen ihn ab und verlangen einen wirklichen Völkerbund, dem Deutschland als voll und gleichberechtigtes Mitglied angehört. Ein solcher Völkerbund wird die gemeinsamen Interessenverhältnisse einzelner Länder naturgemäß nicht auslöschen und nicht zerstören, aber er wird sie fest, die großen, allen oder doch wenigstens den mächtigsten Ländern

gemeinsamen Interessen, die wahrhaften Weltinteressen also, zu vertreten und zu schützen.

Wenn man heute nach solchen Weltinteressen Ausschau hält, so sieht man ganz von selbst auf zwei große Krisenkomplexe: die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung Europas und die Befreiung der Welt von der Bolschewismus. Die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung Europas ist ein Weltinteresse, weil der drohende Ruin Mittel- und Osteuropas neben kleineren Ländern auch Frankreich und Italien in den Abgrund riffe und weil er auch den großen angelsächsischen Mächten, England und Amerika, schweren Schaden brächte. Abgesehen davon, daß Frankreich und Italien die Schuldner Englands und Amerikas sind, würde der Ausfall der Zahlungsfähigkeit der Hauptländer des europäischen Kontinents in die englische Handelsbilanz eine klaffende Lücke reißen und auch die der nordamerikanischen Union empfindlich beeinträchtigen. Hier ist Notwendigkeit und Anlaß zu gemeinschaftlicher Rettung und Wiederaufbauarbeit, der andere ist die Bekämpfung des Bolschewismus als einer im wahren Sinne des Wortes Weltgefahr. Sie bedroht nicht nur uns mehr denn je — von innen und außen — sie bedroht auch in ganz ähnlicher Weise Frankreich und Italien. Die neuesten Erfolge des bolschewistischen Vortruges und der bolschewistischen Propaganda in Rußland sowohl wie in Asien bis hart an die Grenzen Indiens heran, lassen im Westen zu ihrer offiziellen Haltung die Engländer den Kampf gegen den Bolschewismus immer mehr als eigene Angelegenheit, als Notwendigkeit auch ihrer äußeren Politik erkennen. Daran ändern kommerzielle Anknüpfungsvorläufe nichts. Selbst in den Vereinigten Staaten hat sich die bolschewistische Gefahr bereits fühlbar gemacht und man scheint dort zurückgeschlossen, nicht nur im Innern, sondern auch nach außen energischer als bisher gegen den Bolschewismus vorzugehen, dessen Erfolge in Sibirien den japanischen Kon- sultanten immer mehr zur höchst unerwünschten Anwesenheit in Nordasien führen. Auch hier also ein Weltproblem, an dem wir auf dem Gebiete der weltwirtschaftlichen Wiedergewinnung der Krisenabkürzung.

Ein Völkerbund, der wirklich der Menschheit zum Heile dienen soll, hätte zu allererst diese beiden großen Probleme zu lösen; sobald er an die Arbeit ginge, würde er erkennen, daß kein von beiden ohne Deutschlands aktive und gleichberechtigte Mitarbeit lösbar ist.

Politische Nachrichten.

Endlich.

Berlin, 19. Januar. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Kriegsgefangene teilt mit, daß der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich am Dienstag den 20. Januar beginnt. Es werden zunächst die im linksrheinischen Gebiete beheimateten Gefangenen zurückbefördert. Die ersten Transporte treffen Mittwoch den 21. Januar in den Durchgangslagern Jülich, Schwelm und Turen ein. Die nachfolgenden werden nach Worms und Griesheim geleitet.

Zur Auslieferungstrage.

Berlin, 20. Januar. Zu dem Verlangen der Entente, den früheren deutschen Kaiser auszuliefern, schreibt der „Vorwärts“: Die Machthaber der Entente sind jetzt im Begriff, das holländische Recht zu biegen und mit allen Mitteln dazu zu tun, was sie dem früheren deutschen Kaiser mit dem Einbruch in Belgien vormerken. Die deutsche Regierung hat die Rechtsgarantien dafür geschaffen, daß Wilhelm von Hohenzollern wie alle übrigen von der Entente als schuldig noch zu bezeichnenden Personen vor einem deutschen Gericht sich zu verantworten haben. Die deutsche Regierung hat der Entente ferner einen umfassen Einfluss auf den Gang und die Unparteilichkeit des Verfahrens durch die Zulassung von Vertretern eingeräumt. Die deutsche Regierung ist weiter gegangen, als die serbische im Juli 1914. Es nützt alles nichts. Die Vertreter Frankreichs und Englands verweisen alle ihre Rechtschwüre und behaupten nur die Nachgefühle ihrer aufgesetzten Nationalisten und Sycor. Durch ihre schroffe Uebertreibung der Auslieferungstrage führen sie die deutsche Republik in die schwersten inneren Gefahren. Die Auslieferung Wilhelms, die Verhandlung gegen ihn und seine Verurteilung werden die Reibe der Gegner der Republik gewaltig stärken. Das eigene Interesse der Entente verlangt aber, daß sie uns beifällig ist, eine Brücke zu schlagen, um die Gefahr des Absturzes zu vermeiden.

Wie die „Post“ aus Rotterdam meldet, sagte Reichsfischer Bauer in seiner Unterredung mit dem Vertreter der „United Press“, daß das deutsche Volk die Urheber von Kriegsverbrechen nicht ihrer Strafe entziehen wolle, daß es sich aber gegen die Auslieferung an Gerichte fremder, aus früheren Feinden zusammengesetzt sind. Die deutsche Regierung werde nach Empfinden der Liga der Auslieferung allen in der Liga Ausgeführten mitteilen, daß ihre Auslieferung verlangt wird. Sie würden Gelegenheit haben, sich den ausländischen Gerichten freiwillich zu stellen. Auf eine Zwischenfrage sagte, wie die „Post“ weiter berichtet, der Reichsfischer Bauer, es könnte ein Bürgerkrieg entstehen, wenn einige Anklage gewaltig ausgesetzt werden müßten. Er sei überzeugt, daß durch ein Abkommen über die Einsetzung unabhängiger Gerichtshöfe die deutsche Öffentlichkeit beruhigt werden könne.

Scharfes Vorgehen gegen die Unabhängigen.

Berlin, 19. Januar. Wie die Nationalzeitung erfährt, ist heute vormittag der Führer des radikalen Mittels der Unabhängigen Laumig im Auftrage der Reichsregierung verhaftet worden. Die Gründe seiner Verhaftung hatte Reichsfischer Bauer bereits in der Mittwochsnummer der Nationalzeitung angegeben. Es sollte gegen die internationalen Urheber der blutigen Zusammenstöße am 13. Januar eingeschritten werden. — Wie die P. B. N. erfahren, soll die kommunistische Partei ihre Zentralleitung von Berlin nach Chemnitz verlegt haben.

Dalle, 20. Januar.

Die Zeitungen der Unabhängigen, das Volksblatt in Halle und das Volksblatt in Zeitz, wurden wegen fortgesetzter Desobertien, welche die Achtung vor dem Gesetz und den öffentlichen Frieden bedrohen, verboten.

Recht freiliches Stadium der Kohlenversorgung.

Berlin, 19. Januar. Nach Mitteilungen aus Industriekreisen ist die Kohlenversorgung wieder einmal in ein kritisches Stadium gelangt. Die Stenosewerte haben Vorrat nur noch für einige Tage, die Schwarzlochkohle können ihren Betrieb nur aufrechterhalten, wenn der Kohn, der in einigen Tagen erwartet wird, tatsächlich eintrifft. Auch Vorkauf kämpft mit großen Schwierigkeiten. Vom Reichskohlenkommissionär wird dazu mitgeteilt, daß sich die Verhältnisse in Zukunft noch viel schlechter gestalten würden. In nächster Zeit ist die Befreiung des oberdeutschen Kohlenreviers zu erwarten, und was dann wird, darüber läßt sich heute nichts sagen. Man müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß seitens der Befreiungsbehörde der Kohlenverteilung ernstliche Schwierigkeiten in den Weg gesetzt werden. Besonders fürchtet man, daß von den Franzosen allerlei Hindernisse gemacht werden.

Der Prozeß gegen den Kaiser soll „unter allen Umständen“ stattfinden.

Die „Times“ melden aus Paris: An eine Verurteilung der Kaiserin auf Aburteilung des Kaisers ist nicht zu denken. Die Alliierten sind entschlossen, den Kaiserprozeß unter allen Umständen bis zum Frühjahr durchzuführen. — Weiter meldet aus Paris: Die Alliierten werden sich mit einer Begehrung Hollands, den früheren Kaiser auszuliefern, nicht zufrieden geben. Soll in Holland tatsächlich abgelehnt werden, haben die Alliierten Vorkehrungen getroffen, durch Deutschland, das einen Rechtsanspruch auf Auslieferung des Kaisers hat, dem Kaiser für die Alliierten anfordern zu lassen.

Holländischer Staatskredit an Deutschland.

Zwischen der deutschen und der holländischen Regierung schwebt seit einiger Zeit Verhandlungen über die Gewährung eines holländischen Staatskredits an Deutschland. Diese Verhandlungen gehen nunmehr, wie wir hören, vor dem Abschluß. Es handelt sich um eine Summe von etwa 200 Millionen Gulden, nach dem heutigen Kurs 4 Milliarden Mark. Davon sollen 100 Millionen Gulden zum Ankauf von Rohstoffen, 100 Millionen zum Ankauf von Lebensmitteln dienen. Der Kredit wird am 10. Januar gegeben. Deutschland verpflichtet sich, Rohstoffe und Lebensmittel aus Holland zu beziehen und gewährt an Holland einige für Holland wichtige wirtschaftliche Vorteile, besonders Kohlenlieferungen. (2?)

Wiedereröffnung des Personenverkehrs in Bayern.

München, 20. Januar. Vom amtlichen Meldung wird der Personenverkehr in Bayern am Dienstag teilweise wieder aufgenommen. Auf jeder Hauptbahnstrecke wird ein Personenzugpaar verkehren. Wegen fortwährender Kohlennot ist jedoch damit zu rechnen, daß auch dieser vorläufige Verkehr bald wieder eingestellt werden muß. Die Schnellzüge 21 ab München und 22 ab Berlin verkehren erstmals ab Donnerstag.

Neue Sicherheitswehr.

Aus Gießen wird berichtet: Der neue Militärbezirksbeher hat die Sicherheitswehr von Gomborn aufgelöst und ihren Führer scheinbar lassen, weil die Wehr sich bei den Unruhen am 12. d. M. sich nicht nur völlig untauglich verhalten hat, anstatt die Polizei zu unterstützen, sondern einzelne ihrer Mitglieder sich sogar an den Plünderungen beteiligten.

Rußes Abreise.

Berlin, 19. Januar. Madel ist am 18. d. M. durch deutsche Beamte begleitet, an der politischen Grenze eingetroffen und hat von dort aus die Weiterreise nach Sowjetrußland angetreten. Mit der Rückgabe der für ihn von Sowjetrußland geschickten Geiseln Franz Gleimow, Adolph Reichmann, Karl Kuslat, Leo Schwarz, Max Schanz, Ottomar Geinze und Bruno Bertram kann demnächst gerechnet werden.

Die russischen Monopolbestrebungen der Alliierten.

Aus Oaag wird gemeldet: In der Mitteilung, daß die Alliierten in Rücksicht auf die traurige Lage der mittelrussischen Bevölkerung Handelsbeziehungen mit landwirtschaftlichen Vereinigungen in Rußland anzuknüpfen bereit sind, wird hier bemerkt, daß dieser Entschluß der Anfang einer Wirtschaftspolitik sei, die eine Monopolstellung der Siegerstaaten mit Rußland auf wirtschaftlichem Gebiet schaffen soll. Der Beschluß der Alliierten stellt keineswegs die Aufhebung der Blockade gegen Rußland im allgemeinen dar, sondern nur die Einleitung seiner Politik der Ausnahmemaßnahmen, die den Handel mit Rußland mit Hilfe von dazu geschaffenen Handelsorganisationen auf beiden Seiten in bestimmtem Maße leiten soll. Ob diese Politik durchführbar ist, bleibt abzuwarten. Sie ist das Ergebnis der fortwährenden krankhaften Angst der Alliierten vor einer Wiederherstellung Deutschlands durch Rußland.